



Liebe Leser:innen,

der Anschlag am Samstagabend auf den CSD in Berlin, die queere Community und alle, die solidarisch an ihrer Seite stehen, macht uns fassungslos. Dieser Angriff auf eine vielfältige und freie Gesellschaft richtet sich gegen alles, wofür wir stehen und uns als Bündnisgrüne einsetzen. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen.

Das möchten wir voranstellen, bevor wir uns den kommunalpolitischen Themen dieses Newsletters zuwenden.

Vielleicht lehnen wir uns aus dem Fenster, aber würden behaupten: Noch nie wurden Kommunalfinanzen so prominent zur besten Sendezeit gefeatured, wie Ende Juni nach der **Ministerpräsidentenkonferenz**. Millionen schauten zur Halbzeitpause des WM-Spiels von Deutschland gegen Ecuador den Spitzen von Bund und Ländern zu, wie sie ihre Einigung in den Nachrichten verkündeten. So toll wie die Sendezeit waren die Inhalte aber leider nicht.

Bei der MPK wurde intensiv über die konkrete Ausgestaltung des **Konnexitätsprinzips** – “Wer bestellt, bezahlt!” – diskutiert. Denn aktuell tragen vor allem die Länder und Kommunen die finanziellen Folgen von Bundesgesetzen. Ab dem 1. September ändert sich das zumindest im Ansatz: Der Bund übernimmt künftig 80 % der Kosten von neuen Gesetzen, sofern Länder und Kommunen mit mehr als 200 Millionen Euro belastet werden. Das ist ein wichtiger erster Schritt, reicht aber noch lange nicht! Denn weder werden so die enormen Altschulden gelöst, noch greift diese Regelung bei bereits bestehenden Gesetzen. Gleichermäßen ist es wenig zielführend und erschreckend empathielos, die kommunale Finanzkrise mit den angekündigten, drastischen **Sozialkürzungen** lösen zu wollen, wie es beispielsweise für den Unterhaltsvorschuss und die Eingliederungshilfe diskutiert wird! Dagegen wehren wir uns.

Dass die bisherige Finanzunterstützung des Bundes hinten und vorne nicht reicht, nahm auch das **Bündnis für die Würde unserer Städte** Anfang Juli zum Anlass für einen lauten **Protest**: Mit einem beeindruckenden Konvoi aus

Fahrzeugen der Stadtreinigung, Feuerwehr und weiteren kommunalen Dienstfahrzeugen ging es als Kolonne von Düsseldorf nach Berlin direkt vor das Kanzleramt. Unsere Fraktionsvorsitzende Britta und Karo waren vor Ort, um sich mit den demonstrierenden Bürgermeister*innen und Kämmerer*innen auszutauschen und den Protest zu unterstützen.

Bilder: Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen



Daran ändert auch das **Länder- und Kommunalentlastungsgesetz** (LKEG) nichts, das kurz vor der Sommerpause noch den Bundestag passierte. Ein Gesetz, das seinen Namen nicht verdient, wie Karo auch in **ihrer Rede** dazu deutlich gemacht hat (siehe unten).

Dass die Bundesregierung keine sinnvollen Reformvorschläge anbietet, ist ja nichts Neues. Dass es nun aber auch noch einen Angriff auf das **Informationsfreiheitsgesetz** geben soll, ist eine neue Spitze schlechter Politik. Die staatliche Auskunftspflicht derart beschneiden zu wollen, zeugt von Angst vor Transparenz und dem Versuch, Skandalen im Eigeninteresse vorzubeugen (man denke beispielsweise an die jüngsten Erkenntnisse zu Ex-Unions-Fraktionschef Spahn im geheimen Thiel-Netzwerk). Bürgerrechte und Transparenz dürfen nicht geopfert werden, um politisches Fehlverhalten vor der Öffentlichkeit zu verstecken! Das ist eine desaströse Demokratiepoltik, die sich auch im Umbau des Bundesprogramm „**Demokratie leben!**“ fortsetzt.

CDU-Bildungsministerin Prien hat hier nun die konkreten Details veröffentlicht: Wer zukünftig eine Förderung will (die Einreichung von Projektskizzen ist ab dem 3. August für einen Monat geöffnet), muss sich dem zweistufigen „Haber-Verfahren“ – einer Überprüfung durch den **Verfassungsschutz** – unterwerfen. Das sät Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft, anstatt sie zu stärken. Und das zu einer Zeit, in der wir eine starke Zivilgesellschaft dringend zur Verteidigung unserer Demokratie brauchen.

Weitere Themen, die uns beschäftigen und Hinweise, die für eure Arbeit vor Ort interessant sein könnten, findet ihr wie gewohnt unten. Übrigens: Der nächste Newsletter erscheint nach der Sommerpause wieder regulär im September.

Viele Grüße vom

Team Otte

PS: Karo ist im Sommerurlaub und sendet liebe Grüße. Deshalb haben wir Euch den Juli-Newsletter als Team zusammengestellt. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!



Starke Verbraucher*innen, starke Demokratie

Unter diesem Titel lädt die Grüne Bundestagsfraktion am **28. September 2026** zum großen Verbraucherschutzkongress in den Bundestag ein. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums eines eigenständigen Verbraucherschutzressorts ziehen wir Bilanz und richten den Blick auf die Zukunft einer modernen Verbraucherpolitik. Denn guter Verbraucherschutz schafft Vertrauen in staatliche Institutionen und ist damit ein wichtiger Baustein einer wehrhaften Demokratie. Das Fachforum „**Starke Beratung, starke Demokratie: Zukunft der Verbraucherberatung vor Ort**“ hostet und moderiert Karo. Wir laden Euch herzlich dazu ein!

Mehr Infos und kostenlose Anmeldung unter

Bild: Bundestag-Mediathek



Karos Rede zum Länder- und Kommunalentlastungsgesetz

Kurz vor der Sommerpause hat das **LKEG** den Bundestag passiert. In ihrer **Rede** hat Karo unsere **Kritik an dem Gesetz** dargestellt. Denn nur ein winziger Bruchteil (unter 3 %) der kommunalen Altschulden wird von diesem Gesetz abgedeckt. Außerdem geht ganz prinzipiell jeder einzelne Euro des Gesetzes an die Länder, **ohne eine Entlastung der Kommunen** sicherzustellen. Ganz zu schweigen von der Klientelpolitik, der dieses Gesetz folgt: Jeder fünfte Euro landet in Bayern. Statt des LKEG brauchen wir einen Vorschlag, der direkt und flächendeckend die Kommunen entlastet und dort ausreichend Mittel verteilt.

Zur Rede



“Cum/Ex, Milliarden und Moral”-Lesung mit Anne Brorhilker in Göttingen

Ein ganz besonderes **Highlight** kurz vor der Sommerpause war unsere vollbesetzte **Lesung im Literaturhaus Göttingen**. Gemeinsam mit der ehemaligen Cum-Ex-Chefermittlerin und heutigen **Finanzwende-Vorständin Anne Brorhilker** und unserer Göttinger Bürgermeisterkandidatin Onyeka Oshionwu haben wir den größten **Steuerraub** der deutschen Geschichte beleuchtet. **35 Milliarden Euro** wurden dem Staat durch betrügerische Cum-Ex-Geschäfte entzogen – Geld, mit dem wir die Defizite aller deutschen Kommunen spielend hätten ausgleichen können! Als Mitglied im Finanzausschuss war es ihr ein großes Anliegen, zu diskutieren, wie die **Finanzlobby** bis heute versucht, **Einfluss auf die Gesetzgebung** zu nehmen, und was wir politisch für echte Steuergerechtigkeit tun müssen. Anne Brorhilkers Appell war klar: Wir brauchen eine laute, organisierte Zivilgesellschaft, die hinschaut.

[Hier geht's zum Veranstaltungsbericht im Göttinger Tageblatt](#)

Infos, Veranstaltungen und Seminare

Förderaufruf “Klimaschutz in ländlichen Kommunen”

Die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) hat einen neuen **Themenaufruf für transformative Klimaschutzprojekte** im ländlichen Raum gestartet! Durch die gezielte Förderung können Kommunen vor Ort innovative und mutige Klimaschutz-Ideen in die Tat umsetzen, die sonst oft am knappen Budget scheitern. Wenn Ihr in Euren Gemeinden also gerade über CO₂-mindernde, zukunftsweisende Projekte nachdenkt: Nutzt diese Chance! Alle Details zu den Förderbedingungen und wie Eure Kommune noch bis zum 15. September teilnehmen kann, findet Ihr auf der Plattform der Nationalen Klimaschutzinitiative:

Mehr Infos und Teilnahme

Kommunaler Hitzeschutz rettet Leben

Die **extreme Hitze** im Juni und die vielen tragischen **Hitzetoten** haben auf absolut deutlich gemacht: Wir müssen jetzt handeln! Extreme Hitze ist eine akute, lebensbedrohliche Gesundheitsgefahr, auf die unsere Städte und Gemeinden zwingend vorbereitet sein müssen. Ein **fundierter Hitzeaktionsplan** ist dafür ein sinnvoller Schritt. Wie so etwas in der Praxis aussehen kann, macht die Stadt Karlsruhe vor: Ihr neuer Hitzeaktionsplan listet **64 konkrete Maßnahmen** auf, um die Bevölkerung systematisch vor gefährlich hohen Temperaturen zu schützen und kann als Praxisbeispiel herangezogen werden.

Hier geht's zu Karlsruhes Hitzeaktionsplan

Nachhaltigkeit vor Ort sichtbar machen: Aktionstage 2026

Nachhaltiges Engagement findet jeden Tag direkt bei uns **vor der Haustür** statt – in Vereinen, Initiativen, Schulen, Unternehmen und Kommunen! Vom 18. September bis 8. Oktober 2026 finden die bundesweiten **Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit** des Rates für Nachhaltige Entwicklung statt. Die Idee: Projekte rund um die **17 globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs)** ins Rampenlicht rücken, vernetzen und noch mehr Menschen zum Mitmachen begeistern. Ob kleiner Flohmarkt, Pflanzaktion oder Fachworkshop: Macht Euer

Engagement sichtbar! Beispiel-Aktionen sind außerdem [hier](#) aufgelistet. Die Anmeldung von Aktionen ist ab sofort möglich über das Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit.

[Zur Anmeldung](#)

Ländliche Räume stärken und Leerstand nachhaltig aktivieren

Während in den **Ballungsräumen bezahlbarer Wohnraum fehlt**, kämpfen viele ländliche und **strukturschwache Regionen** mit dem gegenteiligen Problem: wachsendem **Wohnungsleerstand**. Doch freie Räume bieten auch riesige **Chancen für neue Ideen**, ortsunabhängiges Arbeiten und bezahlbares Wohnen! Wie wir diese Räume gezielt stärken und **Leerstand** kreativ als Hebel für **mehr Lebensqualität** nutzen können, diskutiert die Heinrich-Böll-Stiftung in ihrer **Online-Reihe am 16. September 2026, 17:00 – 18:30 Uhr**. Mit dabei ist Stephanie Bock vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu).

[Mehr Infos und kostenfreie Anmeldung](#)

Hast Du Nachfragen oder Feedback zum Newsletter?
Wende Dich einfach an mein Büro: karo.otte@bundestag.de



Karoline Otte MdB

Platz der Republik 1, 11011, Berlin

Diese Email wurde an {{ contact.EMAIL }} gesendet.
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Deabonnieren](#)